



Interview mit Dr. Pierre Hillard 08.09.2006

PARIS Über Pläne zur Dekomposition des Nahen und Mittleren Ostens, die kürzlich in der US-amerikanischen Militärzeitschrift Armed Forces Journal (AFJ) publiziert wurden, sprach german-foreign-policy.com mit Dr. Pierre Hillard. Hillard, Spezialist für die deutsch-französischen Beziehungen, ist docteur en science politique und Autor mehrerer Publikationen über die Zerschlagung von Staaten nach ethnischen Kriterien. Zuletzt erschien im vergangenen Jahr "La décomposition des nations européennes. De l'union euro-Atlantique à l'État mondial" (Éditions François-Xavier de Guibert, Paris).

german-foreign-policy.com: Sind die ethnizistischen Umsturzversuche im Nahen und Mittleren Osten ernst zu nehmen?

Pierre Hillard: Diese Versuche müssen selbstverständlich ernst genommen werden. Im Grunde genommen sind sie der Reflex einer sehr umfassenden Politik, die darin besteht, dieses gesamte Gebiet nach ethnischen und religiösen Kriterien umzugestalten - gemäß dem bekannten Prinzip "Teile und herrsche". Diese Dekomposition zielt auch auf religiöse Werte. Man sieht es an der Idee, einen "Heiligen Islamischen Staat" zu schaffen und dessen Territorium von der herrschenden wahabitischen Saoud-Familie zu trennen. Es geht darum, religiöse Prinzipien zu debattieren, um in der Lage zu sein, sie zu modifizieren. Das erklärte Ziel ist es, die Denkweisen der Muslime zu verändern, damit diese die politischen, ökonomischen und philosophischen Prinzipien übernehmen, die den Westen beherrschen. Ethnische Umstrukturierung und Umstrukturierung des religiösen Denkens der Bewohner des Nahen und Mittleren Ostens - das sind die beiden Waffen, die von den Führungsspitzen in Washington und Brüssel benutzt werden, um die gesamte Region umzustürzen.



gfp.com: Welche Staaten sind betroffen?

Hillard: Sämtliche Staaten des "Großen Mittleren Ostens". Die Landkarte der US-amerikanischen Militärzeitschrift AFJ (Armed Forces Journal) gibt nur einen Ausschnitt preis. Man muss wissen, dass auch die Staaten Nordafrikas zu Objekten der Zerschlagung gemacht werden. Beispiel Algerien: Seit 2002 unterhalten die Kabylen Algeriens enge Beziehungen zu spanischen Behörden, genauer gesagt zur Generalitat in Katalonien. Diese spanische Region betreibt einen offenen Ethno-Regionalismus und scheint ihn auch exportieren zu wollen. Katalonien saugt sich voll mit europäischen Dokumenten, die in Wahrheit deutsch-europäische Dokumente sind, um mit ethnizistischen Begründungen von Madrid loszukommen. Das interessiert auch die Kabylen in Algerien und alle anderen, die bestehende Staaten in Nordafrika aufbrechen wollen - ein Prozess, der sämtliche Mittelmeeranlieger betrifft.

gfp.com: Welche Ziele verfolgt die Veröffentlichung der Ethno-Karten?

Hillard: Die Veröffentlichung dieser Karten sowie des AFJ-Artikels von Ralph Peters darf man nicht isoliert betrachten. Die Publikation in einer amerikanischen

Militärzeitschrift begleitet die seit Jahren ventilerten Konzepte, ein Gebiet namens "Greater Middle East" zu schaffen. Es sind Vorschläge, sozusagen ein Prototyp der beabsichtigten Umstürze und insofern für Modifikationen offen. Man will auch die Reaktionen testen, vorrangig die Reaktionen unter den Muslimen. Das Geschickte an



einer solchen Veröffentlichung ist, dass sie Debatten bei den Betroffenen auslöst. Man wird Befürworter und Gegner dieser Konzepte erkennen können, es wird zu Brüchen und Widersprüchen in den islamischen Staaten kommen. Also wird es auch Möglichkeiten geben, auf die eine oder andere ethnische oder politische Gruppe Druck auszuüben, eine dritte zu bevorzugen usw. Allein die Debatte um das Für und Wider ethno-

regionalistischer Prinzipien (und Grenzziehungen) befördert die westlichen Interessen - eine sehr perverse Methode.

gfp.com: Angestrebt wird eine völlige Neuorganisation der Staatlichkeit - zwischen Griechenland im Westen und Indien im Osten. Einen solch umfassenden Umsturzversuch haben nicht einmal die Kolonisatoren des 19. Jahrhunderts unternommen...

Hillard: Tatsächlich sind die Kolonialisten des 19. Jahrhunderts nicht so weit gegangen. Diese politische Neuorganisation zwischen Griechenland im Westen und Indien im Osten ist alles andere als harmlos. Die Führungsspitzen in Washington und Brüssel begünstigen das Zerschlagen der Staaten im Mittleren Osten, aber auch in Europa. Sie handeln im Geist der sogenannten Globalisierung und ihrer Philosophie angeblich universeller Werte.

gfp.com: Welche Rolle spielt die deutsche Außenpolitik bei dieser ethnizistischen Aggression?

Hillard: Die deutsche Politik spielt bei der Propagierung dieser Ideen eine große Rolle - nehmen Sie zum Beispiel die Bertelsmann-Stiftung, die im Rahmen der Kronberger Gespräche ganze Maßnahmenbündel ausarbeitet, um den Mittleren Osten umzugestalten. Der davon ausgehende Einfluss ist bedeutend, und zwar unabhängig davon, welche Regierungsmannschaft in Berlin gerade an der Macht ist. Die Berichte der Stiftung aus den Jahren 2002 und 2003 sind sehr lesenswert: "Europe, the mediterranean and the Middle East, strengthening responsibility for stability and development" (Siebte Kronberger Gespräche) und "Die Zukunft der europäischen Politik im Nahen Osten nach dem Irak-Krieg" (Achte Kronberger Gespräche). In diesen Ausführungen ist zu erkennen, dass man eine vollständige Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und religiösen Institutionen der Länder des "Großen Mittleren Ostens" will, um sie fest an die euro-atlantische Achse zu schweißen.

gfp.com: Sind die Bertelsmann-Äußerungen auch zu Bestandteilen der offiziellen deutschen Außenpolitik geworden?

Hillard: Der Einfluss lässt sich an verschiedenen Beispielen zeigen. So hat der frühere Außenminister Joseph Fischer im Januar 2004 einer so genannten Modernisierung des Islam das Wort geredet und in diesem Zusammenhang "Reformen" in der Türkei gefordert.[1] Dabei erwähnte Fischer ausdrücklich, dass die Türkei die "Kopenhagener Kriterien" erfüllen müsse. Diese EU-Kriterien verlangen nach Minderheitenrechten in der deutschen Definition. Sie sind von Deutschen erdacht und von Deutschen in die EU-Dokumente eingeführt worden, wie ich in meinen Veröffentlichungen mehrmals nachgewiesen habe.[2] Diese ethnisch geprägte Minderheitenpolitik ist zum Bestandteil der gesamten EU-Nachbarschaftspolitik geworden, sie betrifft auch die osteuropäischen Kandidaten und

Anlieger der EU. Es geht um ethno-regionalistische Konzepte, die zur Zerstörung souveräner Staaten führen. Das steht in einem inneren Zusammenhang mit den jetzt vorliegenden Entwürfen des US-Militärs Peters.

gfp.com: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem jüngsten Krieg gegen den Libanon und der aggressiven Neuorganisation des Nahen und Mittleren Ostens?

Hillard: Die Veröffentlichung der Karten in einer amerikanischen Militärzeitschrift im Juni 2006 ist kein Zufall. Es handelt sich um die Begleitmusik für einen Umsturzprozess großen Stils. Die US-Außenministerin Condoleezza Rice hat dies auf ihrer Pressekonferenz am 21. Juli 2006, noch während der Kriegsereignisse im Libanon, ohne Umschweife zu erkennen gegeben. Frau Rice sagte: "Ich sehe kein Interesse der Diplomatie, zum status quo ante zwischen Israel und dem Libanon zurückzukehren. Ich meine, das wäre ein Irrtum. Was wir hier sehen, ist auf eine gewisse Weise der Beginn, das sind die Geburtswehen eines neuen Mittleren Ostens, und was auch immer wir tun, wir müssen sicher sein, dass wir zu diesem neuen Mittleren Osten vorwärts schreiten und nicht zum alten zurückkehren." Angesichts dieser Ausführungen muss man sich fragen, ob der Krieg im Libanon nicht vorsätzlich begonnen wurde, um die Umsturzpolitik voranzutreiben. Es ist zu befürchten, dass auf dem jetzt eingeschlagenen Weg sehr viel Blut fließen wird.

[1] "Lassen Sie mich eine Zukunftsperspektive schildern: Vielleicht kann es der Türkei gelingen, sich zu einem europäischen Staat – entsprechend den Kopenhagener Kriterien - mit überwiegend muslimischer Bevölkerung zu entwickeln, in dem die Menschenrechte der Mehrheit und der Minderheiten geachtet werden und rechtstaatliche und demokratische Prinzipien gelten. Das wäre von kaum zu überschätzendem Einfluss auf die Stabilität der gesamten Region und auf die Reformperspektiven der islamischen Welt und vor allem unserer Nachbarregion des Nahen Ostens. Diese demokratische Türkei wäre ein deutliches Signal, dass eine islamische Prägung und eine aufgeklärte, moderne Gesellschaft in einem Staat keinen Widerspruch darstellen müssen." "Europa auf der Suche nach politischer Ordnung". Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer anlässlich der Eröffnung des "International Bertelsmann Forum" in Berlin, 9. Januar 2004

[2] Pierre Hillard: La décomposition des nations européennes. De l'union euro-Atlantique à l'État mondial, Paris 2005 (Éditions François-Xavier de Guibert)

© Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com